



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Deutschen Dental-Industrie e.V. (VDDI)

Aktuell seit 02.07.2026 12:25:35

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002538
Ersteintrag:	02.03.2022
Letzte Änderung:	02.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	02.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Aachener Straße 1053-1055 50858 Köln Deutschland Telefonnummer: +492215006870 E-Mail-Adressen: stock@vddi.de heibach@vddi.de webers@vddi.de schmidt@vddi.de Webseiten: <u>www.vddi.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,22

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Mark Stephen Pace**

Funktion: Vorsitzender des Vorstands

2. Sebastian Voss

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

3. Dr. Emanuel Rauter

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

4. Olaf Sauerbier

Funktion: Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):**1. Dr. Werner Schmidt****2. Gregor Stock****Gesamtzahl der Mitglieder:**

191 Mitglieder am 30.06.2026, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

2. Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Außenwirtschaft; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Öffentliches Recht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die im VDDI organisierten und vorwiegend klein- und mittelständisch strukturierten Unternehmen stellen Produkte, Materialien und Geräte her, die in Zahnarztpraxen und/oder zahntechnischen Laboren Anwendung finden. Mit diesen Produkten wird die Mund- und Zahngesundheit der Bevölkerung erhalten oder wiederhergestellt. Mit über 60.000 Produkten decken die Unternehmen das gesamte Spektrum der Zahnheilkunde ab, von der Diagnose über die Prävention bis hin zur

Restauration. Sie leisten somit ihren unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und des körperlichen und ästhetischen Wohlbefindens der Menschen.

Der VDDI vertritt die Interessen der Dentalindustrie auf fachlicher und politischer Ebene insbesondere in den Bereichen der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik gegenüber Ministerien, Behörden, Verbänden und anderen Organisationen im In- und Ausland. Den Schwerpunkt bildet die Erarbeitung von Stellungnahmen oder Positionspapieren zu konkreten Gesetzes- oder Regelungsvorhaben, deren Inhalt bei Bedarf auch Vertretern der Bundesregierung in persönlichen Gesprächen vorgestellt werden.

Konkrete Regelungsvorhaben (4)

1. Anpassung des Medizinforschungsgesetzes auf Medizinprodukte

Beschreibung:

Der Gesetzesentwurf bezieht sich weitgehend auf Arzneimittel. Mit der Stellungnahme soll darauf hingewirkt werden, dass auch Medizinprodukte und in vitro-Diagnostica in notwendigem Maße im Gesetzesentwurf Berücksichtigung finden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11561 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Medizinforschungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: [BMG \[alle RV hierzu\]](#)

2. Zuständiges Ministerium: [BMUV \(20. WP\) \[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406040056](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Änderung der Europäischen Verordnung für Medizinprodukte (MDR, EU 2017/745)

Beschreibung:

Die MDR hat die in ihren Erwägungsgründen festgelegten Ziele nicht erreicht. Dies betrifft u. a. vor allem eine erschwerte Patientenversorgung, die Schaffung eines kostenintensiven Umfelds mit besonderer Betroffenheit von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Verzögerung eines schnellen Marktzugangs für Medizinprodukte und eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen. Die medizintechnischen Verbände schlagen Maßnahmen vor, mit denen die Ziele der MDR erreicht werden und die das bestehende System verbessern bzw. optimieren können. Ansprechpartner dieser Initiative

sind die Bundesregierung (Bundesministerium für Gesundheit), die Europäische Kommission und das Europäische Parlament.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606290093** (PDF - 36 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. **Vermeidung des Beschränkungsanschlages von per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) der ECHA**

Beschreibung:

Ein pauschaler Beschränkungsansatz von PFAS hätte gravierende Folgen für das Patientenwohl auf der ganzen Welt. Ziel der Einflussnahme beim Bundeskanzleramt ist es, auf europäischer Ebene um Unterstützung zu bitten, statt eines globalen Verbotes von PFAS die einzelnen Produkte bzw. Produktgruppen risikobasiert zu bewerten. Fluorpolymere, von denen kein Gefährdungspotential für Mensch und Umwelt ausgeht und die essentiell für die Patientenversorgung durch Einsatz entsprechend hergestellter Medizinprodukte sind, sollen demnach möglichst von der Beschränkung ausgenommen werden. Der Einsatz dieser Substanzen soll weiterhin über den bisher angestrebten Zeithorizont von 12 Jahren hinaus unbefristet erlaubt bleiben.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#); Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2410010044** (PDF - 26 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. SG2606290088 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

4. Vermeidung der geplanten Neueinstufung von Natriumfluorid als CMR-Substanz

Beschreibung:

Die geplante CMR-Einstufung von Natriumfluorid als CMR-Substanz durch die ECHA soll verhindert werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606290091 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

530.001 bis 540.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

VDDI-Jahresabschluss-2025.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Compliance-Guidelines_VDDI-2021.pdf